

Literatur zum Thema Patriotismus – Nationalismus

zusammengestellt von *Jens Korfkamp* und *Klaus-Peter Hufer*

Ahlheim, Klaus/Heger, Bardo: Nation und Exklusion. Der Stolz der Deutschen und seine Nebenwirkungen, Schwalbach/Ts. 2008

Der Satz „Ich bin stolz, ein Deutscher zu sein“ ist, wie die Autoren dieser empirischen Studie belegen, wieder „mehrheits- und mitteilfähig“. Aber mit seiner neuen Salonfähigkeit sind auch Nebenwirkungen verbunden: Fremdenfeindlichkeit, Schlussstrich-Mentalität und Antisemitismus.

Alter, Peter: Nationalismus, Frankfurt/M. 1985.

Der Historiker Peter Alter bietet eine kompakte Einführung in die ältere Nationalismusforschung.

Aus Politik und Zeitgeschichte, Heft 1-2/2007, Thema „Patriotismus“

Als einen „Patriotismus ohne ideologische Scheuklappen“ wird die „Gefühlswallung“ während der Fußballweltmeisterschaft 2006 im Editorial des Heftes gewertet. Die sechs Beiträge setzen sich u.a. mit „des Deutschen Vaterland“ und der „Nachhaltigkeit eines neuen Patriotismus“ auseinander. Unterschieden wird zwischen Patriotismus und Nationalismus.

Dann, Otto: Nation und Nationalismus in Deutschland 1770–1990, München 1993.

Der Autor lehrte bis 2002 Mittlere und Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Universität Köln. Er beschäftigt sich in seiner Publikationen besonders mit dem modernen deutschen Nationalstaat und seiner Entstehungsgeschichte. Darüber hinaus präsentiert er eine Vielzahl von Definitionen und Begriffsbestimmungen.

Anderson, Benedict: Die Erfindung der Nation. Zur Karriere eines folgenreichen Konzepts, Frankfurt/M. 2005.

Gellner, Ernest: Nationalismus und Moderne, Berlin 1991.

Hobsbawm, Eric J.: Nationen und Nationalismus. Mythos und Realität seit 1780, München 1996.

In der neueren Nationalismusforschung haben die bahnbrechenden Studien von Anderson, Gellner und Hobsbawm den Nationalismus einer modernen, konstruktivistisch ausgerichteten Kulturwissenschaft zugänglich gemacht und zeigen, dass Nationen relativ junge Gebilde sind und dass sie von Nationalisten buchstäblich erfunden wurden.

Jansen, Christian/Borggräfe, Henning: Nation – Nationalität – Nationalismus: Historische Einführungen, Frankfurt/M. 2007.

Die Autoren bieten einen umfassenden Einstieg in die Nationalismusforschung und die Geschichte des Nationalismus in Europa. Behandelt werden die bedeutendsten Nationalismustheorien sowie einzelne Aspekte wie Nationalismus und Aggression, Nationalismus und Religion oder Nation und Geschlecht. An Beispielen aus der europäischen Geschichte werden diese Themen veranschaulicht. Der Band schließt mit einer Typologie des Nationalismus in Europa.

Korfkamp, Jens: Die Erfindung der Heimat. Zu Geschichte, Gegenwart und politischen Implikationen einer gesellschaftlichen Konstruktion, Berlin 2006.

Die Arbeit verfolgt in ihren historischen Teilen die Entwicklung des Heimatbegriffs in Deutschland von seinen Anfängen in der Vormoderne bis zur Gegenwart. Angesichts der aktuellsten Problemlage, in der sich gerade unter den Herausforderungen von Globalisierungsprozessen ein neues, starkes Bedürfnis nach territorialen Zuordnungen und Herkunftsbindungen geltend macht, stellt sich die Arbeit die Aufgabe, den Heimatbegriff aufzuklären.

Kronenberg, Volker: Patriotismus in Deutschland. Perspektiven für eine weltoffene Nation, Wiesbaden 2005.

Der Autor, der am Seminar für Politische Wissenschaft der Bonner Universität lehrt, hat in seiner Habilitationsschrift über die analytische Darstellung und Bewertung des Begriffs im historischen

und aktuellen Kontext hinaus ein deutliches Anliegen: das Nachdenken aus konservativer Perspektive über die sozio-moralischen Grundlagen unseres Gemeinwesens in den Zeiten des Wandels.

Lammert, Norbert (Hg.): Verfassung, Patriotismus, Leitkultur: was unsere Gesellschaft zusammenhält, Hamburg 2006.

Ein Sammelband, in dem Autorinnen und Autoren aus Politik und Wirtschaft, Wissenschaft und Medien, Religionsgemeinschaften und Kultur in Briefen, Thesen oder Interviews Stellung zur Debatte um den Begriff der „Leitkultur“ beziehen.

Praxis Politische Bildung, Heft 2/2007, Themenschwerpunkt „Neuer Nationalismus?“

Der Fußballsommer 2006 hat das Thema Nationalismus neu auf die Tagesordnung gesetzt. Ob und inwieweit er „neu“ ist, untersuchen die Beiträge in diesem Heft. Dabei werden auch Beispiele aus der außerschulischen Bildungsarbeit vorgestellt, die sich mit dem deutschen Nationalismus befassen.

Wehler, Hans-Ulrich: Nationalismus. Geschichte, Formen, Folgen, München 2001.

Nationalismus ist zu einem Modewort geworden, ohne dass es begrifflich klar abgegrenzt wird. Der Bielefelder Sozialhistoriker Hans-Ulrich Wehler stellt in seiner Studie sowohl den Verlauf der Nationalismusdiskussion als auch die methodischen Probleme und die realgeschichtlichen Konstellationen, unter denen nationalistiche Bewegungen entstehen konnten, dar.

Verbands- politische Rundschau

Analysen Positionen Informationen Diskussionen

zur Verbands- arbeit der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung

Brandenburg



DVPB Brandenburg kritisiert unzureichende Mitwirkungsmöglichkeiten bei der Lehrplanarbeit und eine übereilte Inkraftsetzung des Rahmenlehrplans Politische Bildung für die Sekundarstufe I

Mit Schreiben an Bildungsminister Holger Rupprecht und an Dr. Jan Hofmann, den Direktor des Landesinstituts für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM), kritisiert die DVPB in Brandenburg die völlig unzureichenden Beteiligungsrechte der Fachverbände im Rahmen der Lehrplanentwicklung sowie die übereilte Verabschiedung des neuen Rahmenlehrplans Politische Bildung für die Sekundarstufe I.

Erst am 29. April 2008 erhielt der DVPB-Landesverband Brandenburg vom LISUM eine Einladung für den 6. Mai 2008 zu einem Fachgespräch über den neuen Rahmenlehrplan Politische Bildung für die Sekundarstufe I.

Die DVPB begrüßt es sehr, wenn die Fachverbände in den Diskussionsprozess einbezogen und zu einer Fachtagung eingeladen werden. Allerdings macht eine so kurzfristige Terminsetzung seitens des LISUM eine abgestimmte Stellungnahme von Verbänden mit fundierten Hinweisen zur Überarbeitung der Rahmenpläne nahezu unmöglich. Bestenfalls kann man erste Eindrücke formulieren, die zumindest als Auftakt für eine Fachdiskussion in Verbänden genutzt werden können. Es verstärkt sich daher der Eindruck, dass eine konstruktive Mitwirkung von Verbänden nicht gefragt ist, zumal in der Veranstaltung am 6. Mai 2008 darauf hingewiesen wurde, dass die Rahmenlehrpläne im Prinzip vorliegen und grundlegende Änderungen nicht mehr möglich seien. Die Rahmenlehrpläne sollen am 1. August 2008 in Kraft treten und bereits Ende Mai in Druck gehen. Änderungswünsche müssten bis zum 15. Mai 2008 vorliegen, damit sie noch berücksichtigt werden können.

Sollten wir als Fachverband für Politische Bildung überhaupt noch Zeit investieren und uns gründlich mit dem Rahmenlehr-

plan auseinandersetzen? Bitter ist diese Situation schon, weil wir mit unserem Fach zur politischen Mündigkeit und Partizipation erziehen wollen und nun (wieder) erleben, dass durch zeitliche Rahmenseetzungen die Möglichkeiten der Mitwirkung beschnitten werden. Die Situation bei der Einführung der Kerneurricula für die gymnasiale Oberstufe haben wir ähnlich erlebt. Da Rahmenlehrpläne für längere Zeit Bildungs- und Erziehungsprozesse an Brandenburger Schulen steuern, ist dieses Vorgehen nicht nur aus der Sicht von Partizipation zu kritisieren, sondern auch aus der Sicht von Qualitätssicherung auf der Grundlage einer gründlichen inhaltlichen Diskussion über die Rahmenpläne mit Experten aus Wissenschaft und Schule. Nicht nachvollziehbar ist für uns, wie der Rahmenplanentwurf entstanden ist und welche Fachleute aus Hochschule und Schule in dieser Kommission mitgearbeitet haben.

Letztlich ist es auch eine Frage der Verlässlichkeit von Rahmenplänen. Sie sollten nicht erlassen, dann eventuell noch geändert und korrigiert werden. Bildungs- und Erziehungsprozesse wirken langfristig und benötigen auch eine gewisse Kontinuität, um nachhaltige Wirkungen zu erzielen.

Nicht nur die Kritik am Verfahren seitens des LISUM veranlasst die DVPB in Brandenburg, dem Minister und dem Direktor des LISUM zu schreiben, sondern auch die Bedenken, die mit der übereilten Inkraftsetzung des neuen Rahmenlehrplanes zum 1. August 2008 verbunden sind.

Trotz des Zeitdrucks haben wir in unserer Vorstandssitzung am 7. Mai 2008 dem Teil des Rahmenplans Politische Bildung zugestimmt, der sich mit dem Fachprofil, mit Zielen, Themen, Inhalten und Standards unseres Faches beschäftigt, und haben den Verantwortlichen des LISUM erste Hinweise zur Überarbeitung zur Verfügung gestellt, die vor allem jene Punkte betreffen, die auch auf der Fachtagung von uns kritisch angemerkt wurden.

Der allgemeine Teil zum Bildungsauftrag der Sekundarstufe I ist aus den Berliner Rahmenplänen übernommen worden und sollte nach Meinung des LISUM

nicht mehr inhaltlich geändert werden. Schade! Dieses Verfahren ist kein Ausdruck von Kooperation und gemeinsamen Lehrplänen, sondern ein einfaches Übernahmeverfahren, in dem Brandenburger Erfahrungen und Akzentsetzungen, wie sie in dem zur Zeit noch gültigen Stufenplan für die Sekundarstufe I zu finden sind, nicht berücksichtigt werden.

Positiv bewertet die Deutsche Vereinigung für Politische Bildung, dass im fachspezifischen Teil auch ein Rahmenlehrplan für die Jahrgangsstufen 7 und 8 zu finden ist. Wir begrüßen, dass das Fach damit wieder durchgängig von Klasse 5 bis 10 unterrichtet werden könnte. Voraussetzung dafür ist aber, dass das Fach dann verbindlich in der Stundentafel verankert sein müsste, in welchem Umfang auch immer. Welche Verbindlichkeit hat der Rahmenplan in dieser Klassenstufe? Welchen Status hat das Fach Politische Bildung in der Stundentafel der Sekundarstufe I?

Indem über eine Kontingentsundentafel den Schulen überlassen wird, die Stundenverteilung vorzunehmen, ist nicht auszuschließen, dass Politische Bildung nicht aufgenommen wird, wenn der Rahmenplan für diese Jahrgangsstufe keinen verbindlichen Charakter hat.

Eine verbindliche Regelung in der Stundentafel wäre unseres Erachtens auch für die Klassenstufen 9 und 10 notwendig, um dem Fach Politische Bildung gleiche Chancen einzuräumen, damit es in den Jahrgangsstufen 11 bis 13 als Grund- oder Leistungskurs gewählt werden kann. Damit dies möglich ist, muss das Fach in der Sekundarstufe I in einem entsprechenden Umfang unterrichtet worden sein. Nicht zuletzt ist dies auch eine Frage der Chancengleichheit und des Ziels, jeden Schulabgänger zu politischer Mündigkeit zu erziehen. Das widerspiegelt sich ja auch darin, dass es einen einheitlichen Rahmenlehrplan für alle Bildungsgänge gibt.

Es sollte deshalb nicht den Schulen überlassen werden, darüber zu entscheiden, ob das Fach Politische Bildung überhaupt unterrichtet wird. Damit könnte die Gefahr bestehen, dass Politische Bildung noch hinter die jetzigen Regelungen (eine Wochenstunde in der Klasse 9 und 2 Wochenstunden in der Klasse 10) zurück-



fallen könnte. Wenn es nicht gelingt, das Fach auch in den Jahrgangsstufen 7 und 8 zu verankern, würden auch weniger Inhalte vermittelt, insbesondere das Thema Jugend und Recht würde gänzlich entfallen. Die Umsetzung des Rahmenplanes in der Sekundarstufe I, wenn er denn in beiden Doppeljahrgangsstufen als verbindlich angesehen wird,

braucht für seine Umsetzung Zeit und Raum.

Dieses Problem muss unseres Erachtens vor Inkrafttreten der neuen Rahmenpläne für die Sekundarstufe I gelöst werden.

Für den DVPB-
Landesverband Brandenburg
Dr. Rosemarie Naumann
Dieter Starke

Schleswig-Holstein



DVPB begrüßt Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I

Nun ist es auch in Schleswig-Holstein endlich soweit: Die Einführung des Faches Wirtschaft/Politik in den Klassenstufen 8 und 9 der Gymnasien wird gestartet. Unser Landesverband wurde aufgefordert, zu den sogenannten „Fachlichen Konkretionen“ des Lehrplans Stellung zu nehmen. Der Entwurf des Ministeriums für Bildung und Frauen des Landes ist unter <http://lehrplan.lernnetz.de> im Internet einsehbar. Hier folgt unsere Stellungnahme dazu:

Der Landesverband Schleswig-Holstein der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung e.V. begrüßt nachdrücklich die überfällige Einführung des Faches Wirtschaft/Politik in der Sekundarstufe I an den Gymnasien. Damit wird zum einen die Vermittlung politischen und wirtschaftlichen Grundwissens auch in den Mittelstufen der Gymnasien endlich ermöglicht. Dies ist nicht zuletzt auch im Hinblick auf das in Schleswig-Holstein geltende Wahlrecht ab 16 bei Kommunalwahlen ein wichtiger Schritt, um den Jugendlichen die notwendigen Einblicke in politische Prozesse der Entscheidungsfindung zu vermitteln. Insgesamt kann so auch erreicht werden, dass Jugendliche ermutigt werden, sich in ihre Angelegenheiten einzumischen – und damit per Definition demokratisch zu handeln. Zudem wird mit der Einführung des Faches ab Klasse 8 die Konzentration des Oberstufenunterrichts auf anspruchsvollere Themen ermöglicht.

Die vorliegenden *Fachlichen Konkretionen* des Lehrplans sind darauf angelegt, dass das Fach in den Klassenstufen 8 und 9 jeweils mit zwei Wochenstunden unterrichtet wird. Wir appellieren an die Schulen, dieses Stundendeputat

auch tatsächlich zu nutzen, um das Fach in der schulischen Unterrichtspraxis zu verankern.

Ebenfalls wird unsererseits begrüßt, dass mit der Einführung des Faches Wirtschaft/Politik in die Mittelstufe der Gymnasien nunmehr auch die Berufsorientierung fest zugeordnet und Wirtschaft/Politik die Aufgabe des federführenden Faches im Rahmen der Ausrichtung des Betriebspraktikums erhält. Auch aus diesem Grund ist es sinnvoll und notwendig, in Klasse 8 mit dem Fach zu beginnen.

Daneben sollte die Berufs- und Studienorientierung weiterhin als Aufgabe aller Fächer betrachtet und als Querschnittsaufgabe umgesetzt werden.

Inhaltlich unterstützen wir die Ausgestaltung der *Fachlichen Konkretionen* an den drei Säulen Gesellschaft, Politik und Ökonomie. Wir begrüßen, dass ausreichende Spielräume für die Lehrkräfte erhalten bleiben, den Unterricht konkret zu gestalten. Wir erlauben uns abschließend, zwei kleine Ergänzungen (*kursiv*) vorzuschlagen:

- S. 3, 1., 3. Spiegelstrich: – darzustellen, dass und warum das Handeln des Staates an die Verfassung und das Handeln des Einzelnen an Recht und Gesetz gebunden ist.
S. 10, Selbst- und Sozialkompetenz: Schülerinnen und Schüler – erkennen, dass Politik medial vermittelt und wahrgenommen wird.

Wir danken allen Beteiligten für die Erarbeitung dieser sehr guten Grundlage für den Fachunterricht in Wirtschaft/Politik und freuen uns, auch die Phase der Einführung als Fachverband der Lehrkräfte für Wirtschaft/Politik weiter konstruktiv begleiten zu dürfen.

Annette Wiese-Krukowska,
Vorsitzende des Landesverbandes

Niedersachsen

Einbürgerungstest: Peinliche Pannen in Niedersachsen. Protest der DVPB

Am 8. Juli 2008 veröffentlichte das Bundesministerium des Inneren den Frage- und Antwortkatalog für den vielfach umstrittenen Einbürgerungstest. Zusätzlich zu den bundeseinheitlich gestellten Fragen werden 10 Fragen formuliert, die speziell auf die einzelnen Bundesländer zugeschnitten sind und auch nur für diese gelten.

Sowohl der Bundesvorsitzende der DVPB als auch der Landesvorsitzende in Niedersachsen haben noch am gleichen Tag der Veröffentlichung auf eklatante Fehler und Unstimmigkeiten in dem Niedersachsen betreffenden Frage- und Antwortkatalog hingewiesen und öffentlichkeitswirksam angeprangert.

1. Auf die Frage 6: „Wo können Sie sich in Niedersachsen über politische Themen informieren?“ waren seitens des BMI 4 Antwortmöglichkeiten vorgegeben: „bei der Landeszentrale für politische Bildung“, „bei den Ordnungsämtern der niedersächsischen Gemeinden“, „bei der Verbraucherzentrale in Hannover“ und „bei den Kirchen“. Als „richtige“ Antwort sollte gelten: „Bei der Landeszentrale für politische Bildung“. Doch eben diese Landeszentrale wurde in Niedersachsen bereits Ende 2004 abgeschafft! Peinlich, peinlich!

Der Protest der DVPB hatte Erfolg. Inzwischen ist die Antwortmöglichkeit zur o. g. Frage geändert worden in: „beim Koordinator für politische Bildung im Kultusministerium“. Das ist insofern korrekt. Doch der spärlich ausgestattete „Koordinator für politische Bildung“ ersetzt längst nicht eine eigene Landeszentrale für politische Bildung und er hat überdies auch kein Monopol in der Auskunft über politische Themen. Das Unikum in Niedersachsen ist und bleibt zugleich ein Kuriosum!

2. Auf die Frage 5: „Welche Farben hat die Landesflagge in Niedersachsen?“ waren seitens des BMI ebenfalls 4 Antwortmöglichkeiten vorgegeben: „rot-weiß“, „schwarz-rot-gold“, „schwarz-gelb“ und „blau-weiß-rot“.

Als „richtige“ Antwort sollte gelten: „schwarz-rot-gold“. Diese Antwort ist jedoch falsch, denn das sind die Farben der Bundesflagge, die in der niedersächsischen Flagge zwar auch auftauchen, aber nicht nur! Hinzu tritt das Wappen: Das weiße Pferd auf rotem Grund, also „weiß-rot“. Die Antwort-Alternative „rot-weiß“ ist allein aber auch falsch, denn das sind lediglich die Farben des Landeswappens. Weder „schwarz-rot-gold“ noch „rot-weiß“ allein sind also richtig, sondern – wenn man allein auf die Farbkonstellation abhebt –: schwarz-rot-gold-weiß. Diese Antwortmöglichkeit ist aber nicht vorgegeben.

Die korrekte Antwort zur Landesflagge ergibt sich aus Art. 1, Abs. 2 der Landesverfassung: „Niedersachsen führt als Wappen das weiße Ross im roten Felde und in der Flagge die Farben schwarz-rot-gold mit dem Landeswappen“. Die korrekte Antwort auf die Frage 5: „Welche Farben hat die Landesflagge von Niedersachsen“ lautet also: „schwarz-rot-gold mit dem Landeswappen“. Auch diese richtige, verfassungskonforme Antwort ist im Antwortkatalog nicht vorgesehen!

Es herrscht viel Verwirrung auf allen Seiten! Die DVPB bleibt dran!

Prof. Dr. Gerhard
Himmelmann
Landesvorsitzender der DVPB

Fortsetzung der
Verbandspolitischen
Informationen siehe S. 26.